

**Protokoll
der Bürgerversammlung am 05. November 2011
um 18.00 Uhr in der Gaststätte Böinghoff**



06.11.2009

Thema:

Ergebnisse der Bestandserfassung und -bewertung sowie die daraus resultierenden Rahmenbedingungen für einen Ausbau der Bürgersteige

Teilnehmer:

lt. beiliegender Teilnehmerliste
von der Stadt Coesfeld

Uwe Dickmanns, Fachbereich 70
Evelyn Hagedorn, Fachbereich 70
Ludger Schmitz, Fachbereich 60
Holger Ludorf, Fachbereich 60

Herr Schmitz begrüßt die erschienenen Bürgerinnen und Bürger und führt kurz in das Thema ein. Er berichtet über die Sitzung des Bezirksausschusses am 17.09.2009 sowie über den Auftrag an die Verwaltung, das Thema in einer Bürgerversammlung vorzustellen und ein Stimmungsbild der Anlieger sowie weiterer interessierter Bürger einzuholen.

Im Anschluss stellt Herr Ludorf detailliert die Ergebnisse der Bestandserfassung und -bewertung sowie die daraus resultierenden Rahmenbedingungen für einen Ausbau der Bürgersteige mit den folgenden Einzelpunkten vor:

1. Bäume als wesentliches, das Stadtbild prägendes Element
2. Gehwege auf der westlichen Seite (Kirchenseite)
 - Bereich vor der St. Johannes Kirche: heute genutzt als öffentlicher Stellplatz, fehlende Gehwegverbindung
 - Einmündung Pleguerstraße: Bäume verhindern einen Ausbau des Gehweges innerhalb der heutigen Fläche und machen besondere Maßnahmen erforderlich
 - Bereich vor der Volksbank mit einem bereits ausgebauten Gehweg
 - Situation vor dem Haus Lindenstraße 7: Bäume verhindern auch hier einen Ausbau des Gehweges innerhalb der heutigen Fläche und machen besondere Maßnahmen erforderlich
 - Fußläufige Verbindung im Anschluss an das Grundstück Lindenstraße 7
 - Buswendeanlage ohne Fußwegeverbindung parallel zur Lindenstraße
 - Baumstandorte vor dem Grundstück der ehemaligen Johannesschule und zwischen Buswendeanlage und Bahnhofsallee: Die Bäume stehen in einem Pflanzstreifen hinter dem Fahrbahnrand. Bei den Bäumen handelt es sich im Wesentlichen um Winterlinden, ergänzt durch einige Rosskastanien. Die Bäume befinden sich überwiegend in einem guten bis zufriedenstellenden Zustand. Die Wurzeln liegen oberflächennah, teilweise ist eine Beschädigung der Bordanlagen durch die Wurzeln festzustellen. Die Bäume prägen das Stadtbild so stark, dass ein Entfernen der Bäume nicht in Frage kommt. Unter dieser Prämisse ist eine den technischen Vorschriften entsprechende vollständige Herstellung des Gehweges in weiten Bereichen nicht möglich. Der Einsatz von Wurzelbrücken ist aufgrund der Höhensituation oder aufgrund von unmittelbar benachbarten Grundstückszufahrten in den meisten Fällen nicht möglich.

3. Gehwege auf der östlichen Seite (Seite des Kindergartens)
 - Der Gehweg auf der östlichen Seite ist durchgängig befestigt und als Fußwegeverbindung nutzbar. Geprägt wird er durch eine Vielzahl unterschiedlicher Oberflächenmaterialien. Besonderheiten bieten sich vor der Arztpraxis Dr. Grimm (bereits endgültig hergestellt Gehweg) und vor den Häusern Lindenstraße 8 und 10 (Pflaster geht bis an die Gebäude und liegt damit teilweise auf Privatgrundstück).
4. Planung des Büro Wolters zur Umgestaltung der Coesfelder Straße in der Ortsdurchfahrt Lette.
 - Bestandteil der Planungen des Büros Wolters ist auch die Umgestaltung der Kreuzungsbereiche im Verlauf der Coesfelder Straße, unter anderem der Kreuzung mit dem Höltingsweg bzw. der Lindenstraße. Vorgesehen ist eine deutliche Einengung der einmündenden Straßen bei gleichzeitigem Rückbau der Mittelinseln. Eine vollständige Berücksichtigung und endgültige Umsetzung der Planung „Wolters“ ist zum jetzigen Zeitpunkt ohne Komplettumbau des Einmündungsbereiches nicht möglich, da diese Auswirkungen bis in die Coesfelder Straße hat, die dementsprechend mit umzubauen wäre.

Im Weiteren stellt Herr Ludorf eine Planungsskizze vor, in der Bereiche gekennzeichnet sind, für die ein erhöhter Handlungsbedarf gesehen werden könnte und die unter anderem in der Sitzung des Bezirksausschusses angesprochen wurden:

- Bereich vor der St. Johannes Kirche, mit der Notwendigkeit, öffentliche Stellplätze und einen Gehweg unterzubringen
- Einmündung Plerguerstraße: zum Erhalt der Bäume notwendige Fahrbahneinengung, gleichzeitig genutzt als Querungshilfe
- Bereich vor der Volksbank: Einengung der Fahrbahn als Querungshilfe
- Buswendeanlage: Einengung der Fahrbahn als Querungshilfe
- Einmündung in die Bahnhofsallee: Fahrbahneinengung in der Bahnhofsallee zur Schulwegsicherung

Im Laufe der anschließenden Diskussion erläutert Herr Dickmanns Grundsätze zu den Themen Anliegerbeiträge und Finanzierung:

Bei dem vorgestellten Ausbau der Gehwege handelt es sich um eine nachmalige Wiederherstellung. In diesem Fall werden die Anlieger mit 80% an den Herstellungskosten beteiligt. Dies allerdings nur dann, wenn ganze, sinnvoll gebildete Abschnitte ausgebaut werden. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn der Gehweg auf der östlichen Seite als einseitiger Gehweg ausgebaut würde. Ein zusätzlicher Ausbau des westlichen Gehweges wäre nur dann umlagefähig, wenn zumindest der Abschnitt zwischen Coesfelder Straße und dem einmündenden Gehweg nördlich des neuen Baugebietes ausgebaut wird. Für diesen Fall gibt Herr Dickmanns die Höhe des Anliegerbeitrages mit ca. 3 € je m² beitragspflichtiger Grundstücksfläche an. Einzelne punktuelle Maßnahmen wie z.B. Fahrbahneinengungen oder auch die Sanierung einzelner Gehwegabschnitte ist nicht umlagefähig. Auf der anderen Seite ist die Finanzierung der Einzelmaßnahmen nicht mit den für den generellen Ausbau zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln möglich, da es sich hier um völlig unterschiedliche Haushaltsansätze handelt. Die notwendigen Mittel müssten neu in den Haushalt eingestellt werden.

Nach dieser Information wurde ein Meinungsbild der Anwesenden eingeholt. Diese sprachen sich auch an dieser Stelle eindeutig für einen Verzicht auf einen generellen Ausbau aus. Befürwortet wurden kleinere, sinnvolle Maßnahmen zu Lasten der Stadt. Die Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Der Kirchenvorstand hat sich im Vorfeld mit der Situation vor der St. Johannes Kirche beschäftigt. Er schlägt vor, die Fläche zwischen dem Fahrbahnrand und dem Kirchengrundstück weiterhin den parkenden Fahrzeugen zur Verfügung zu stellen. Als Gehwegeverbindung könne der bestehende Weg auf dem Kirchengrundstück genutzt werden. Die Anlieger sprechen sich mehrheitlich für eine solche Lösung aus. Voraussetzung aus Sicht der Verwaltung wäre eine barrierefreie Gestaltung des Weges, der heute mit Kopfsteinpflaster be-

festigt ist. Außerdem müssten die Eingangsbereiche deutlicher dargestellt werden. Der Kirchenvorstand vertritt die Meinung, dass das Kopfsteinpflaster zu Lasten der Stadt ausgetauscht werden könnte. Eine Erneuerung der Gehwegoberfläche vor dem Kindergarten und der Bücherei hält der Kirchenvorstand nicht für notwendig.

Herr Ludorf schlägt vor, in den nächsten Wochen eine Lösung für den Bereich vor dem Kirchengrundstück in Gesprächen zwischen Kirche und Stadt zu suchen. Herr Ludorf wird sich mit dem Kirchenvorstand in Verbindung setzen.

- Auch die Anwohner der Lindenstraße haben sich bereits vor der Bürgerversammlung mit dem Thema beschäftigt. Gemeinschaftlich wurde das eindeutige Meinungsbild gefasst, einen Ausbau der Gehwege nicht zu befürworten. Die Anlieger sind mit der heutigen Situation grundsätzlich zufrieden.
- Die als Querungshilfen vorgesehenen Fahrbahneinengungen wurden eher skeptisch gesehen. Zum einen wurden generelle Probleme für den landwirtschaftlichen Verkehr angesprochen, zum anderen behindert speziell die südliche Querungshilfe die Ausfahrt der Busse aus der Wendeschleife. Bereits heute ständen die Busse auf der Lindenstraße, da der Platz in der Wendeschleife nicht ausreicht. Alleine die Einengung im Einmündungsbereich Plerguerstraße/Peilsweg wurde von einigen Anliegern befürwortet.
- Kritisiert wurde, dass die Rechts-vor-Links-Regelung innerhalb der Tempo 30-Zone nicht ausreichend beachtet wird. Die vorgeschlagenen Markierungsblöcke (Wartelinie) bewertet Herr Ludorf in Verbindung mit der Rechts-vor-Links-Regelung als rechtlich nicht zulässig.
- Vor der Einmündung in die Bahnhofsallee wechseln die Schulkinder häufig diagonal die Fahrbahnseite. Vorgeschlagen wird, in der südlichen Grünfläche im Einmündungsbereich zur Bahnhofsallee eine direkte Gehwegeverbindung zwischen der Lindenstraße und der Bahnhofsallee zu schaffen, um eine Querung der Lindenstraße an dieser Stelle überflüssig zu machen. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit gesehen, die Querung der Schulkinder über die Bahnhofsallee zu verdeutlichen. Eine Einengung wird mehrheitlich als nicht erforderlich erachtet. Vorgeschlagen wird, auf den Schulweg mit Hilfe von Piktogrammen „Schulkinder“ auf der Fahrbahn der Bahnhofsallee beiderseits der Einmündung hinzuweisen. Herr Ludorf erläutert, dass hierfür die Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde notwendig ist. Entsprechende Gespräche mit der Straßenverkehrsbehörde wird er kurzfristig führen.
- Die gleichzeitig vorgeschlagenen Piktogramme „Schulkinder“ im Bereich des Kindergartens lehnt die Verwaltung ab. Diese sollten als Sicherung der direkten Querung von den Stellplätzen vor dem Kirchengrundstück in Richtung Kindergarten dienen. Aus Sicht der Verwaltung ist dies keine geeignete Stelle, um die Straßenseite zu wechseln. Hierfür wurde eigens die Lichtsignalanlage in der Kreuzung mit der Coesfelder Straße in Betrieb gehalten.
- Der asphaltierte Gehweg vor den Häusern 12, 14 und 24 befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Oberfläche sollte aus Sicht der Anlieger erneuert werden. Herr Dickmanns vertritt die Auffassung, dass diese Sanierungsmaßnahmen im nächsten Jahr im Rahmen der normalen Straßenunterhaltung durchgeführt werden können. Ein weiterer Anlieger hält dies zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht für sinnvoll. Die Bauarbeiten im Baugebiet an der ehemaligen Johannesschule bewirken einen verstärkten Lkw-Verkehr, der teilweise auch die Gehwege befährt. Daher sollte mit der Ausbesserung der Gehwege bis zur Fertigstellung des Baugebietes gewartet werden.
- Ein unmittelbarer Anlieger äußerte den Wunsch, über eine Fällung des Baumes vor dem Haus Lindenstraße 17 nachzudenken. Diese behindere zum einen die Zufahrt zum Grundstück, wäre zum anderen auch beim späteren Bau einer Querungshilfe im Weg.
- Eine Anliegerin äußerte den Wunsch, die Baumkronen zu beschneiden.
- Angeregt wurde eine Prüfung, ob für einzelne punktuelle Maßnahmen Mittel aus dem Fördertopf „Schulwegsicherung“ in Anspruch genommen werden könnten. Die Stadt sagte eine entsprechende Prüfung zu.
- Des Weiteren wurde angeregt, die bei einem Verzicht auf den Ausbau der Gehwege frei werdenden Haushaltsmittel für andere Maßnahmen in Lette zu verwenden. Diese Anregung wird Verwaltung an die politischen Gremien weitergeben.

Im Anschluss an die Diskussion meldete sich noch einmal ein Anlieger zu Wort und stellte die Frage, ob sich die Anlieger angesichts des relativ geringen Anliegerbeitrages in Höhe von 3 € je

m² beitragspflichtiger Grundstücksfläche nicht doch einen Ausbau der Gehwege vorstellen könnten. Nochmals sprachen sich die Anlieger für einen Verzicht auf einen generellen Ausbau aus.

gez. Holger Ludorf